

## Parlamentarischer Vorstoss

2026/5818

---

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	<b>Strategische Allianzen und Verbesserung der Kommunikation betreffend EuroAirport</b>
Urheber/in:	Nadim Ismail
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Abt, Boerlin, Chrétien, Fluri, Hasanaj, Honegger, Jaun, Kaufmann Urs, Kirchmayr, Koller, Meier, Mikeler, Müller, Noack, Stöcklin, Strüby-Schaub
Eingereicht am:	11. Juni 2026
Dringlichkeit:	—

---

Im Zusammenhang mit der Vorlage des Regierungsrats und dem dazugehörigen Bericht der Geschäftsprüfungskommission, sowie Traktandum 17 der Landratssitzung vom 28. Mai 2026 „Aufträge des Landrats, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind“, fiel eine grössere Anzahl abzuschreibender Postulate, eine Petition und eine Motion auf, oft im Zusammenhang mit Lärmbelastungen durch den Euro Airport Basel (EAP), insbesondere nachts.

Die Abschreibung dieser Geschäfte war in der Vorberatung durch die GPK schlussendlich unbestritten. Die Regierung hatte in ihrer Vorlage plausibel dargelegt, dass eine weitere Bearbeitung der Vorstösse weder zu einer Veränderung der Lärmbelastung, der Südanflüge noch zu einem stabileren Nachtflugverbot führen würde.

Umgekehrt zeigen die wiederkehrenden Vorstösse zum selben Thema, dass die Flugaktivitäten des EAP in der Bevölkerung Unzufriedenheiten hervorrufen und der Eindruck entstehen kann, die Regierung setze sich nicht ausreichend für die Anliegen der betroffenen Bevölkerung gegenüber dem EAP ein.

Der Kanton Baselland steht vor einem klaren Konflikt zwischen den Interessen seiner Bevölkerung und denen des EuroAirport (EAP). Während die Bevölkerung verbindliche Ruheregelungen wünscht, stehen wirtschaftliche und betriebliche Interessen des EAP dem gegenüber.

Aktuell scheinen die wirtschaftlichen und betrieblichen Interessen des EAP Vorrang zu haben. Die aktuell kontinuierliche Zunahme der Flugbewegungen, führen insbesondere zu vermehrten Südanflügen. Weiterhin hohe Zahlen bei Verstössen gegen das Nachtflugverbot sind zu erwarten. Folglich ist mit wiederholten parlamentarischen Vorstössen zu rechnen, die jedoch wahrscheinlich keine Veränderungen bewirken werden, ausser dass sie von der Regierung beantwortet oder, nach teils jahrelanger Lagerung in der Verwaltung, als Sammelvorlage dem Parlament zur Abschreibung vorgelegt werden.

Auf der Grundlage der Postulate 2020/621, 2020/654, 2022/518, 2022/636, der Petition 2023/113 verlange ich vom Regierungsrat folgende Themen zu prüfen und zu berichten.

---

1. Ein Gesamtheitliches Konzept, um die Interessen der Bevölkerung effektiver umzusetzen.
  - Der Landrat fordert die Regierung ausdrücklich auf, mit dem Kanton Basel-Stadt, mit den betroffenen Regionen im Elsass und in Baden-Württemberg einen regelmäßigen und konstruktiven Austausch zu initiieren. Ziel ist es, gemeinsame Ziele und einen gemeinsamen Nenner zu finden, um so die Durchsetzungsmöglichkeiten im Verwaltungsrat des EAP zu stärken. Der Regierungsrat ist verpflichtet, dem Landrat die Ergebnisse dieses Austausches, einschließlich Fortschritten und Herausforderungen, Tertian in einem kurzen Bericht darzulegen.
2. Die Verbesserung der Kommunikation mit der Bevölkerung.
  - Die Regierung soll der Bevölkerung mindestens zweimal jährlich einen Bericht vorlegen, der über verschiedene Themen, z.B. zu Entwicklungen im Betrieb, Unterhalt und Nachhaltigkeit, informiert. Besonders hervorzuheben sind die Entwicklung im Bereich der Lärmproblematik, die eingeleiteten Massnahmen, sowie Themen die ausserhalb der Zuständigkeit der Regierung liegen. Auch gilt es genau zu verfolgen, wie die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Schreiben von Basel-Landschaft und Basel-Stadt ans Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) ist. Darin wurde der Bund aufgefordert, sich bei den französischen Behörden dafür einzusetzen, dass die für eine weitere Reduktion der Immissionsgrenzwerte notwendigen Verfahren eingeleitet werden.
  - Statistische Werte wie Südanflüge und Verstöße sollen zukünftig nicht mehr ausschliesslich als Prozentwerte angegeben werden, da dies zu Verwirrung bei der betroffenen Bevölkerung führen kann. So kann beispielsweise die Anzahl der unerwünschten Flugbewegungen in Prozent sinken, obwohl die absolute Zahl steigt, da diese auf der Grundlage der gesamten Flugbewegungen berechnet werden.

Der jährlich erscheinende Bericht der Fluglärm-Kommission (FLK) wird hierbei ausdrücklich als nicht genügend genannt.

3. Der Regierungsrat des Kantons Baselland wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Regierung von Basel-Stadt eine unabhängige Prüfung einzuleiten. Diese soll die Ursachen für die Überschreitung der Anzahl Südanflüge untersuchen und die vom EAP vorgebrachten Begründungen überprüfen.